

Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp

„Wir sind auf dem richtigen Kurs, aber die See wird rauer!“

Haushaltsrede

2020/2021

anlässlich der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes

2020/2021 in den Rat der Stadt Essen

am 25. September 2019

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrvermerk: Mittwoch, 25. September 2019, Ende der Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf für die kommenden zwei Jahre vorstellen zu dürfen.

Um das **wichtigste Ergebnis** gleich vorweg zu nehmen: Auch diesmal halten wir die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes ein und legen Ihnen heute den Entwurf des Doppelhaushaltes 2020/2021 zur Beratung vor, der – trotz ausgelaufener Stärkungspaktmittel, trotz geringerer Schlüsselzuweisungen des Landes und trotz der sich abkühlenden Konjunktur – in beiden Jahren und in der Finanzplanung bis 2024 schwarze Zahlen schreibt.

Mit dem vorliegenden Entwurf setzen wir den eingeschlagenen Weg solider Finanzen weiter fort. Dauerhafter **Haushaltsausgleich**, nachhaltiger **Schuldenabbau** und gezielte **Investitionen** in die Zukunft unserer Stadt bilden dabei unverändert den finanzpolitischen Rahmen.

1. Dauerhafter Haushaltsausgleich

Sehr geehrte Damen und Herren,

es bleibt dabei: Die Stadt wird auch in den kommenden Jahren nicht mehr Geld ausgeben, als sie einnimmt!

Was sich heute ziemlich unspektakulär, eigentlich wie eine Selbstverständlichkeit anhört, ist im Lichte der vergangenen Jahrzehnte eine echte Erfolgsgeschichte!

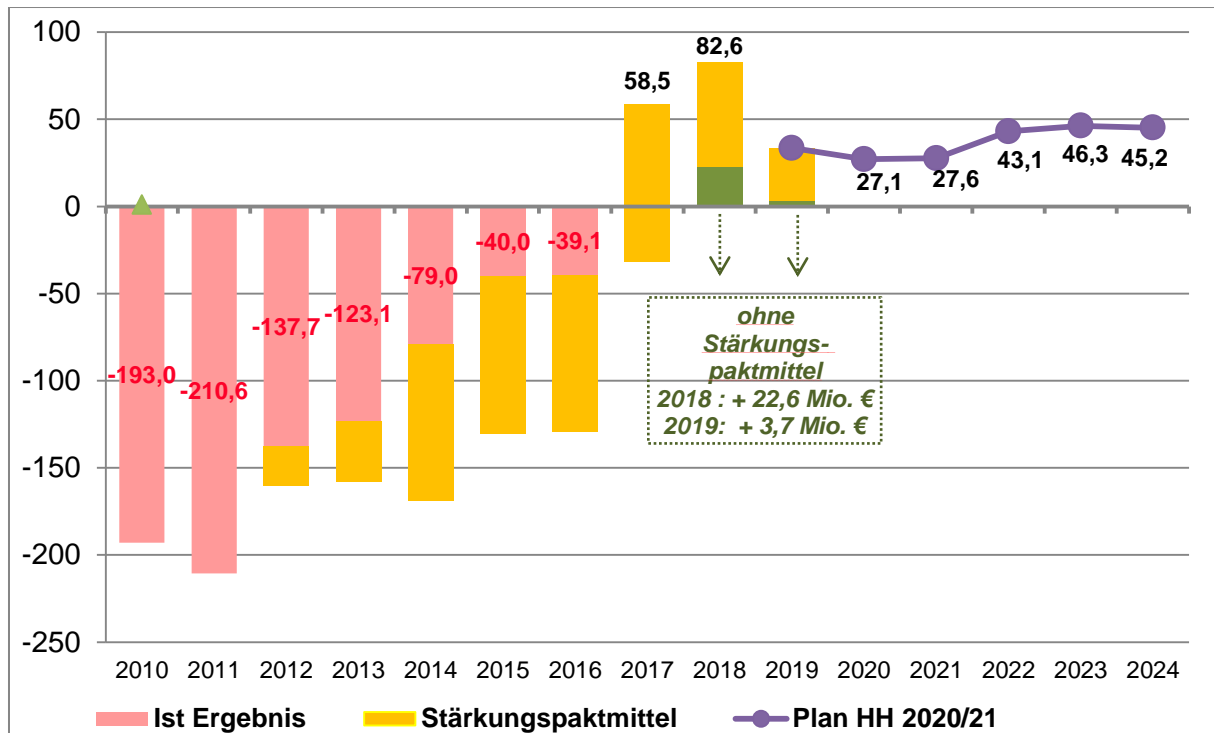
Seit dem Jahr 2017 gelingt es uns, nicht nur den städtischen Haushalt auszugleichen, sondern wir haben die Wende hin zu Überschüssen geschafft. Nachdem wir das Jahr 2017 mit einem Überschuss von 58,5 Mio. Euro und das Jahr 2018 mit einem Plus von 82,6 Mio. Euro abschließen konnten, lässt auch die aktuelle Prognose für dieses Jahr einen Überschuss von über 30 Mio. Euro erwarten.

Wenn wir die Stärkungspaktmittel hierbei unberücksichtigt lassen, so hätten wir im Jahr 2017 noch ein Defizit von 31,6 Mio. Euro verbuchen müssen und der Überschuss im Jahr 2018 wäre ohne die Landeshilfe auf 22,7 Mio. Euro abgeschmolzen.

Wir legen Ihnen heute einen Entwurf vor, der auch in den kommenden Jahren positive Ergebnisse ausweist. Im Jahr 2020 rechnen wir mit einem Überschuss von 27,1 Mio. Euro und im Jahr 2021 mit 27,6 Mio. Euro.

Damit erreichen wir den nach dem Stärkungspaktgesetz ab dem Jahr 2020 erforderlichen „Haushaltsausgleich ohne Hilfen“ - also aus eigener Kraft - und wir werden Ende 2021 zum fünften Mal in Folge ein positives Jahresergebnis verbuchen können.

Defizit-/Überschuss-Entwicklung gem. Haushaltsplanung



Mit dieser erfreulichen Entwicklung stellen wir eindrucksvoll unter Beweis, dass wir die Kehrtwende zu einer geordneten Haushaltswirtschaft nachhaltig geschafft haben. Essen schreibt dauerhaft schwarze Zahlen und auch die Bezirksregierung beglückwünscht uns in ihrer Genehmigung für 2019 zu einer erfolgreichen Haushaltsführung.

Aber trotz dieser Essener Erfolgsgeschichte muss ich uns alle vor allzu großem Optimismus warnen. Denn krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind die Finanzen der Stadt Essen nicht! Wir sind zwar auf dem richtigen Kurs, aber die See wird rauer und wir müssen es schaffen, trotz der sich abzeichnenden Konjunkturertrübung, mit dem Kopf über Wasser zu bleiben.

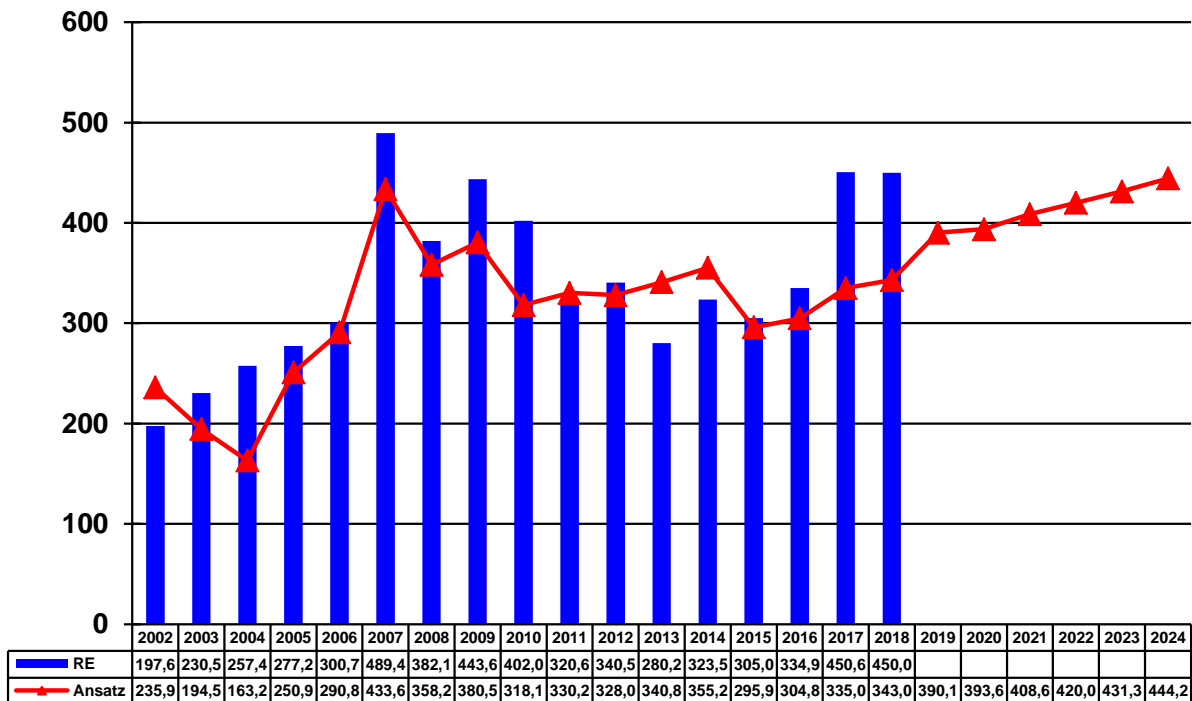
Ich betone dies ausdrücklich, denn der Haushaltsausgleich – auch wenn er von Dauer ist – darf nicht als Signal missverstanden werden, wieder aus dem Vollen schöpfen zu können.

Wer glaubt, dass sich aufgrund der guten Ergebnisse der vergangenen beiden Jahre größere Spielräume für zusätzliche kommunale Leistungen ergeben, den muss ich enttäuschen! Im Gegenteil, die Spielräume werden kleiner und der städtische Haushalt wird keine Mehrausgaben verkraften können, ohne dass deren Kompensation an anderer Stelle im Haushalt gesichert ist.

Die zukünftige Entwicklung zeigt deutlich, dass wir den eingeschlagenen Sanierungskurs konsequent weiterverfolgen müssen. Denn der vorliegende Entwurf ist geprägt durch die aktuelle konjunkturelle Entwicklung und dem hieraus resultierenden Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung von Anfang Mai diesen Jahres.

Die erwarteten Wachstumsraten sind gegenüber der Herbstprognose 2018 deutlich gesenkt worden, sodass wir im nächsten Jahr nur noch mit Erträgen aus der **Gewerbesteuer** von rund 393,6 Mio. Euro und im Jahr 2021 mit rund 408,6 Mio. Euro (brutto) rechnen können. Im Ergebnis führt dies gegenüber unserer bisherigen Planung zu Mindererträgen im Doppelhaushalt von 24,6 Mio. Euro.

Gewerbesteuer: Rechnungsergebnisse/Ansätze - in Mio. Euro -



Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Gemeindeanteilen an der **Einkommensteuer** und der **Umsatzsteuer** ab. Nach der aktuellen Steuerschätzung werden uns in den beiden kommenden Jahren rund 34,4 Mio. Euro weniger Erträge zufließen, als ursprünglich geplant. Insgesamt muss der städtische Haushalt in den beiden kommenden Jahren mit **Steuerausfällen von rund 60 Mio. Euro** rechnen.

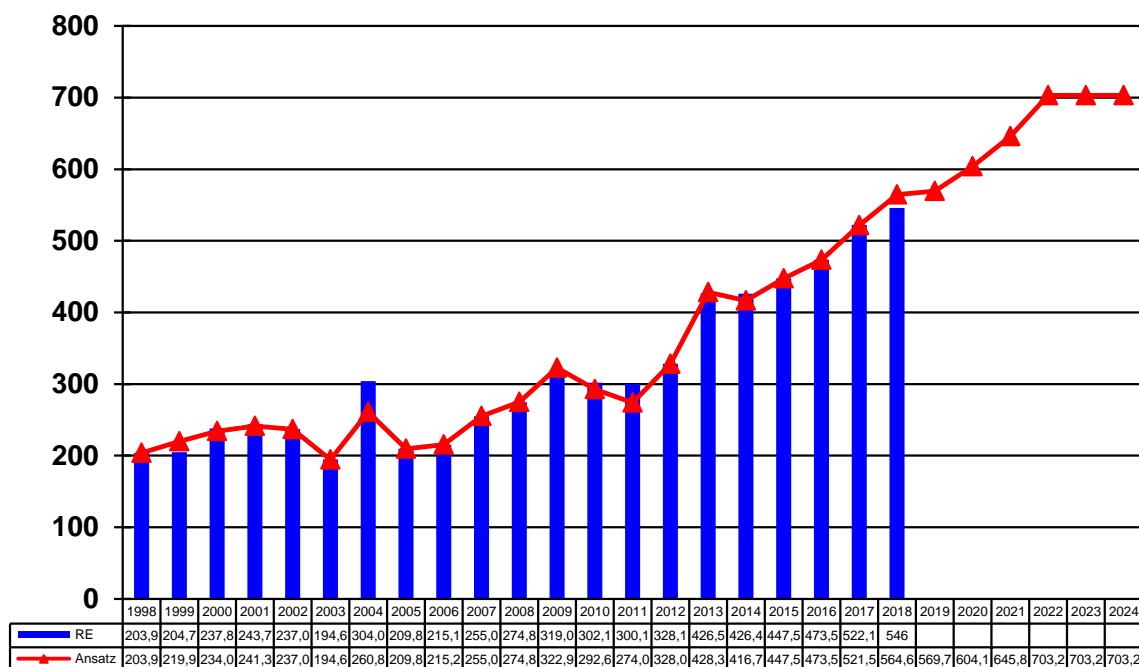
Ob die Wirtschaft nur eine vorübergehende Schwächephase erlebt und nach dem „Durchhänger“ wieder Fahrt aufnehmen wird, ist fraglich.

Die Aussicht auf einen konfrontativen oder wie auch immer gestalteten Austritt der Briten aus der EU und die fortgesetzten Angriffe der Regierung von US-Präsident Donald Trump auf den Freihandel in Form von Zöllen und Handelssanktionen geben allerdings wenig Anlass, die aktuelle Konjunkturertrübung für nur vorübergehend zu halten.

Damit besteht für uns das **hohe Risiko**, dass die Steuereinnahmen einbrechen und die Ausgaben für kommunale Unterstützungsleistungen weiter ansteigen. Und eine Entwicklungsspirale aus sinkenden Unternehmensgewinnen, abnehmender Beschäftigung und damit einhergehend niedrigeren Steuereinnahmen und höheren sozialen Lasten ist schneller in Gang gesetzt, als uns allen lieb sein kann.

Darüber hinaus werden wir nach derzeitigen Berechnungen des Arbeitskreises zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2020 im nächsten Jahr voraussichtlich 21,1 Mio. Euro weniger **Schlüsselzuweisungen** vom Land erhalten als bisher prognostiziert. Und auch im Jahr 2021 müssen wir ein Minus von 28,7 Mio. Euro gegenüber der bisherigen Planung verkräften.

Schlüsselzuweisungen: Rechnungsergebnisse/Ansätze - in Mio. Euro -



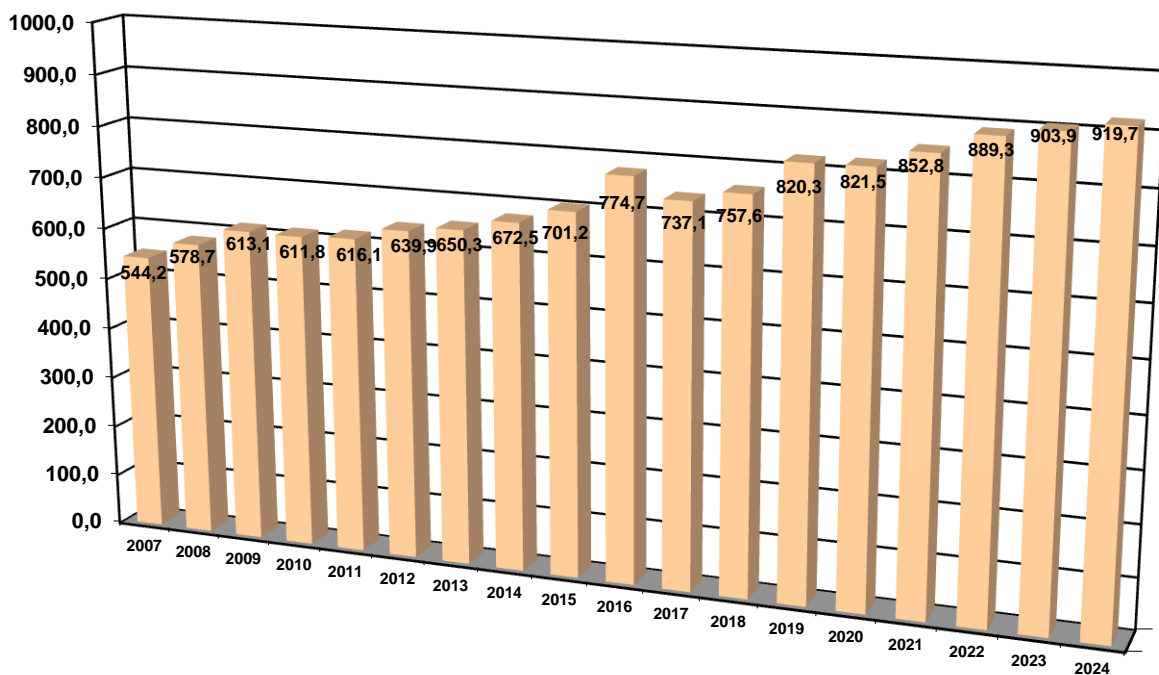
Hinzu kommt, dass die Reform der **Grundsteuer** immer noch nicht in trockenen Tüchern ist. Das Bundeskabinett hat zwar am 21. Juni 2019 ein Gesetzespaket zur Reform der Grundsteuer beschlossen, es ist aber noch nicht gesichert, dass das Re-

formkonzept im Bundestag und Bundesrat auch tatsächlich mehrheitsfähig wird. Können sich Bund und Länder bis Ende des Jahres nicht auf ein neues Modell einigen, muss die Grundsteuer ausgesetzt werden. Ein **Risiko**, das für Essen mit einem Einnahmeausfall **von rund 135 Mio. Euro p. a.** verbunden wäre.

Ich appelliere daher eindringlich an Bund und an die Länder sich so schnell wie möglich auf eine Reform der Grundsteuer zu verständigen, damit bis zum Ende des Jahres ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden kann.

Auf der **Aufwandsseite** zeigt sich, dass trotz guter konjunktureller Zeiten und einer seit Jahren steigenden Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt durch unser JobCenter bisher keine Entspannung in unserem Sozialhaushalt eingetreten ist. Der Zuschussbedarf für soziale Leistungen beträgt derzeit rund 820 Mio. Euro. Allein in den vergangenen 10 Jahren waren hier Zuwächse von über 200 Mio. Euro zu verzeichnen und bis 2024 werden weitere Steigerungen von rund 100 Mio. Euro prognostiziert. Dieser ungebremste Anstieg verdeutlicht sehr eindringlich, dass dieser Aufgabenbereich unseren städtischen Haushalt überproportional belastet. Und nach wie vor liegt die Arbeitslosenquote in Essen mit über 10 % weit über dem bundesweiten Durchschnitt von 5,2 %.

Soziale Leistungen
- Entwicklung der Zuschussbedarfe in Mio. Euro



Die Übernahme der Grundsicherung im Alter sowie die Finanzmittel aus dem 5-Milliarden-Paket des Bundes zur Soziallastenfinanzierung haben sicherlich zu einer Entlastung geführt. Allerdings setzt sich auch der Aufgabenzuwachs weiter fort. Ich nenne hier nur drei Beispiele: U3-Betreuung, Offener Ganzttag und Unterhaltsvorschuss.

Bei den **Kosten der Unterkunft (KdU)** lag der Aufwand für rund 45.000 Essener Haushalte, die von Hartz-IV Leistungen abhängig sind, im Jahr 2018 bei 241 Mio. Euro. Hiervon hat uns der Bund aber lediglich 113,7 Mio. Euro bzw. 47,8 % erstattet, so dass wir jährlich 127 Mio. Euro aus eigener Kraft stemmen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das ist entschieden zu wenig! Ich bin deshalb unserem Sozialdezernenten Peter Renzel sehr dankbar, dass er als stellvertretender Ausschussvorsitzender im Deutschen Städtetag gemeinsam mit weiteren Sozialdezernenten großer Städte daran arbeitet, dass wir vom Bund zukünftig die volle Kostenerstattung erhalten. Noch in diesem Jahr sollen die Ergebnisse im Präsidium des Deutschen Städtetages beraten werden. Wir müssen alles daran setzen, dass wir auf der Bundesebene gemeinsam mit anderen Städten als starke Allianz die volle Kostenerstattung der KdU durchsetzen.

Übrigens würde eine vollständige Übernahme der KdU durch den Bund zielgerichtet die Kommunen nach Bedürftigkeit entlasten und darüber hinaus noch in Ergänzung mit einem Altschuldenfond eine Neuverschuldung der Kommunen verhindern.

Damit wir bei der Betreuung und Integration der zu uns geflüchteten Menschen nicht alleine gelassen werden, muss auch bei der **Flüchtlingsfinanzierung** dringend nachgesteuert werden. Im Jahr 2018 haben wir in diesem Bereich einen kommunalen Eigenanteil von rund 27,3 Mio. Euro tragen müssen.

Neben der Höhe der monatlichen Erstattungspauschale muss auch der erstattungsfähige Personenkreis, insbesondere die Zahlungsdauer für die Personengruppe der Geduldeten, dringend angepasst werden.

Auch wenn die Flüchtlingszahl deutlich zurückgegangen ist, sind es weiterhin die Kommunen – wie die Stadt Essen –, die die damit verbundenen Aufgaben meistern. Hinzu gekommen sind vielfältige Integrationsaufgaben, die ebenfalls bewältigt werden müssen.

Integration kann nur vor Ort gelingen. Wir reden dabei aber trotzdem über nationale Aufgaben, weil die Rahmenbedingungen für Zuwanderung, aber auch für die Rück-

führung von geflüchteten Menschen, nicht in den Kommunen, sondern nur auf nationaler Ebene gestaltet werden. Deshalb ist nicht hinnehmbar, dass zur Bewältigung dieser nationalen Aufgaben die Städte, Landkreise und Gemeinden in erheblichem Umfang zur Kasse gebeten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerade jetzt, wo sich die Konjunktur eintrübt und wir in den nächsten Jahren mit Einnahmeausfällen rechnen müssen, werden wir die bestehenden Strukturen in der Verwaltung und in unseren Beteiligungsunternehmen weiter hinterfragen. Die demographische Entwicklung und die Digitalisierung sehe ich in diesem Zusammenhang als Chance, um den Konzern Stadt Essen weiter zu modernisieren und damit gleichzeitig auch unseren Haushalt krisenfester zu machen!

Deshalb werden wir in den nächsten Jahren im Bereich der **Digitalisierung** der Verwaltung zusätzliche Mittel in Höhe von 6,1 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Deshalb setzen wir mit der Gründung der **Immobilienholding** (IME) zum 01.01.2020 auf den Systemwechsel im Immobilienbereich.

Und deshalb setzen wir unsere **Strukturreformen** auch mit Unterstützung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA NRW) in der Kernverwaltung und bei den Beteiligungen weiter fort und werden weitere Optimierungsmaßnahmen ergreifen.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir sicherstellen, dass wir auch zukünftig in der Lage sind, unsere Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger optimal zu erbringen und auch dauerhaft zu finanzieren.

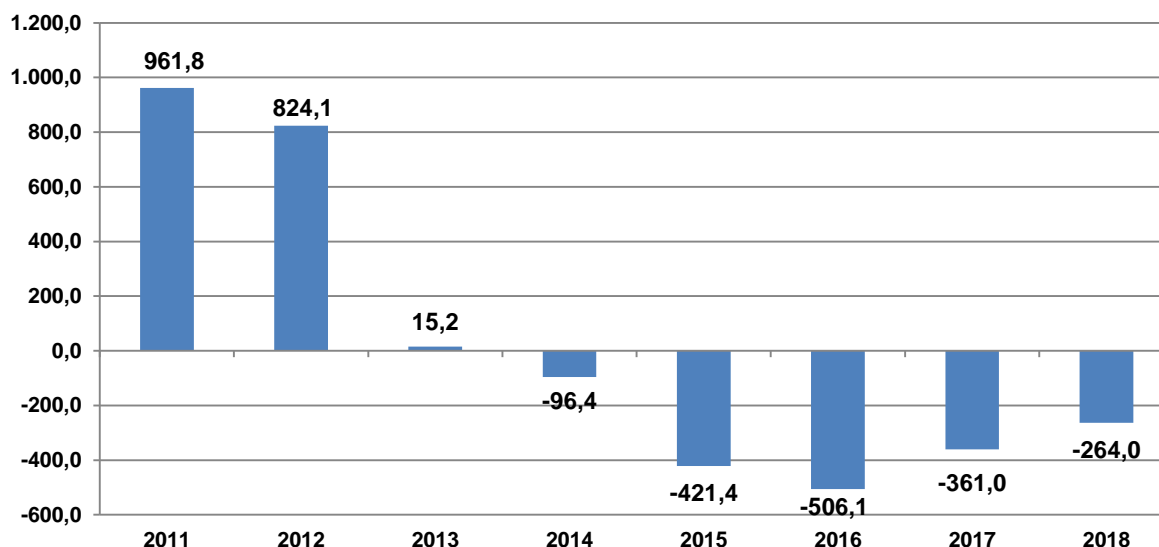
2. Nachhaltiger Schuldenabbau

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den guten Jahresergebnissen in den Jahren 2017 und 2018 werde ich des Öfteren gefragt, ob wir denn überhaupt Überschüsse brauchen. Ob es nicht ausreichend wäre, den Haushalt auszugleichen und eine schwarze Null zu schreiben.

Bei meiner Antwort verweise ich darauf, dass wir uns erstens seit dem Jahr 2014 in dem gesetzwidrigen Zustand der **bilanziellen Überschuldung** befinden und unser „negatives Eigenkapital“ derzeit rund 264 Mio. Euro beträgt und zweitens, das auf unserer Stadt immer noch ein extremer **Schuldenberg** von rund 3,2 Mrd. Euro lastet.

Entwicklung des Eigenkapitals 2011 – 2018 - in Mio. Euro -



Als Kämmerer einer der höchstverschuldeten Städte in Deutschland bin ich heilfroh, dass wir uns weiterhin in einer Niedrigzinsphase befinden und eine Anhebung der Zinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB) in weite Ferne gerückt zu sein scheint. Für Investitionskredite zahlen wir derzeit durchschnittlich 2,51 Prozent Zinsen und für Liquiditätskredite 0,92 Prozent.

Aber trotz dieser niedrigen Zinsen belastet uns der Zinsaufwand im Kernhaushalt jährlich mit rund 50 Mio. Euro.

Die Höhe unserer Kredite zur Liquiditätssicherung beträgt derzeit rund 2,03 Mrd. Euro. Hierfür zahlen wir in diesem Jahr rund 20 Mio. Euro an Zinsen. Das zeigt: Die über Jahrzehnte angehäufte Schuldenlast – wenn man so will – „das Gedächtnis“ der Defizite vergangener Jahre engt die Handlungsfähigkeit unserer Stadt enorm ein. Die Ursache hierfür liegt auch in einer unzureichenden Sozillastenfinanzierung seitens des Bundes und eine nicht aufgabenangemessene Finanzausstattung durch das Land. Beide, Bund und Land sind daher in einem hohen Maße mit dafür verantwortlich, dass wir in den letzten Jahrzehnten zur Finanzierung unserer Aufgaben Liquiditätskredite aufnehmen mussten.

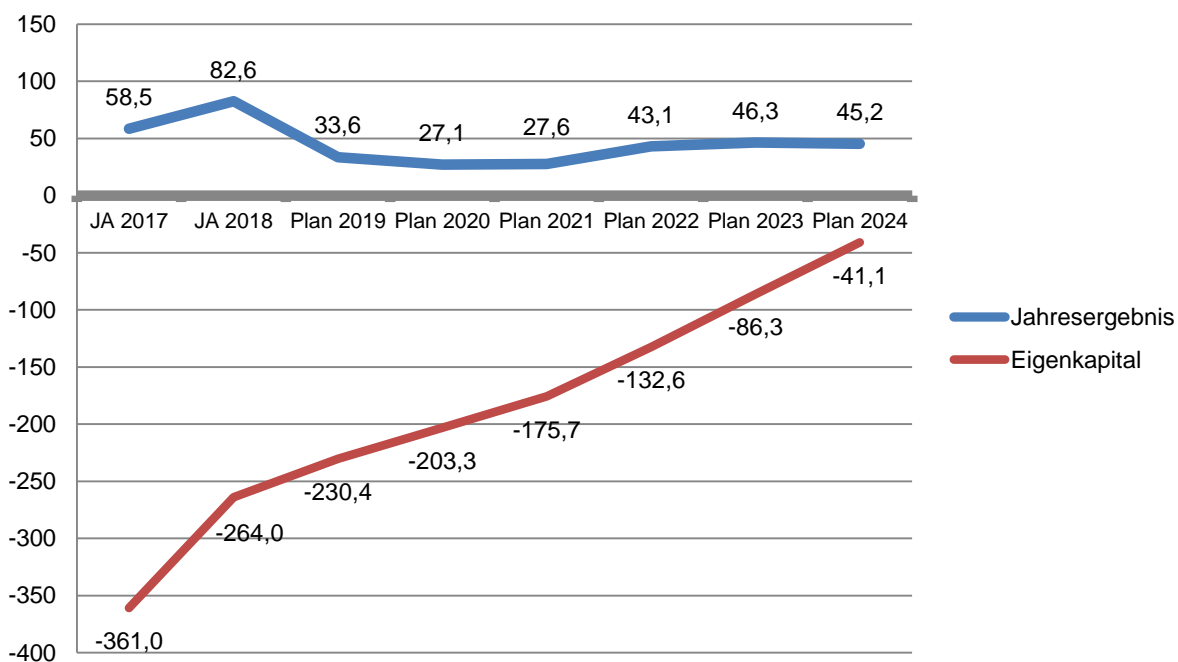
Unter dem Eindruck vieler, auch persönlicher Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern in Berlin und Düsseldorf bin ich vorsichtig optimistisch, dass eine gemeinsame Lösung des kommunalen Altschuldenproblems gelingen wird.

Die Bundesregierung hat bereits mit Kabinettsbeschluss vom 10. Juli 2019 signalisiert, dass sie ihren Beitrag leisten werde. Hierzu heißt es in den Handlungsempfehlungen: „Der Bund kann einen Beitrag leisten, wenn es einen nationalen politischen

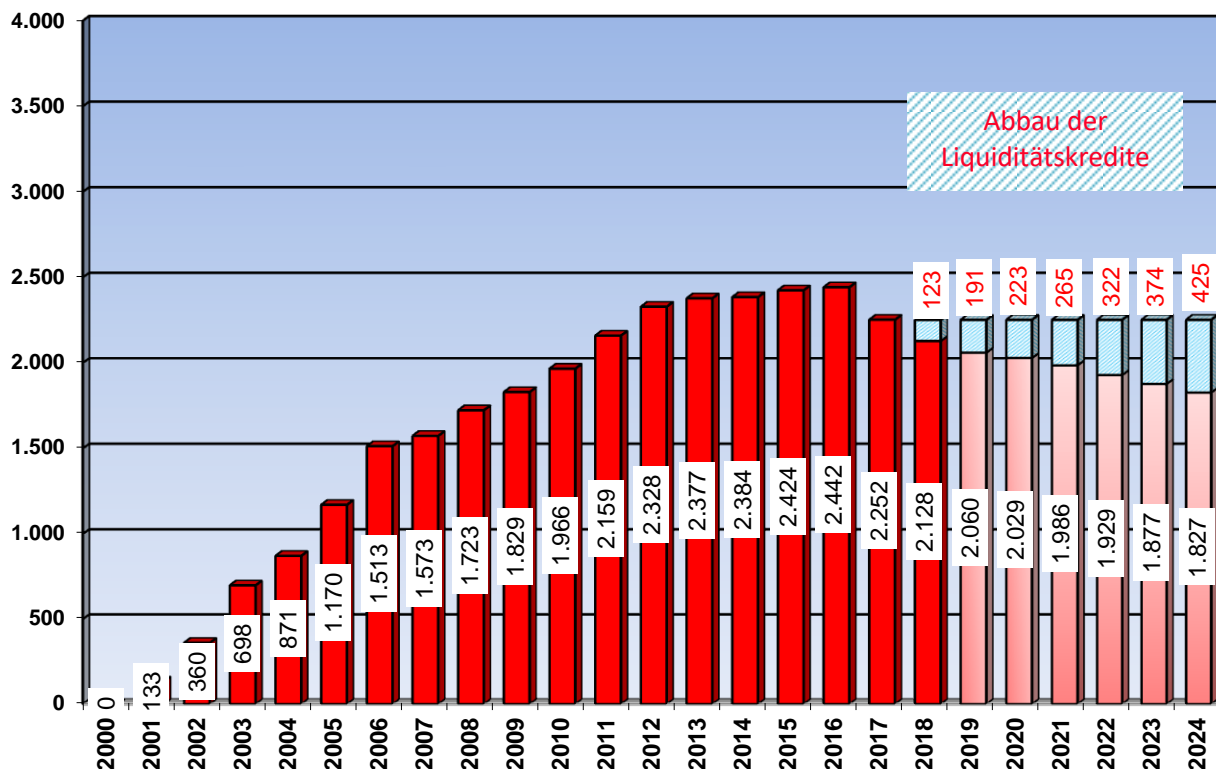
Konsens gibt, den betroffenen Kommunen einmalig gezielt zu helfen.“ Zugleich sollen *„die Ursachen der hohen Kassenkreditbestände angegangen werden.“* Insgesamt soll für das Altschuldenproblem eine *„faire Lösung“* gefunden werden. Damit ist die historische Chance für eine solidarische Lösung des Problems gegeben. Solidarisch bedeutet in diesem Fall, dass neben dem Bund und dem Land auch wir ausdrücklich bereit sind, unseren eigenen kommunalen Beitrag zu leisten. Und das sind wir! Wir können mit Fug und Recht sagen: Wir haben die günstigen konjunkturellen Bedingungen in einen konsequenten Schuldenabbau umgesetzt.

Von ihrem Höchststand am 31.12.2016 in Höhe von 2,442 Mrd. Euro haben wir uns bereits deutlich entfernen können. Zum letzten Stichtag (31.12.2018), waren hingegen „nur“ noch 2,128 Mrd. Euro an Liquiditätskrediten zu verzeichnen – das ist ein Rückgang von 314 Mio. Euro in nur zwei Jahren. Im Zuge der von Ihnen beschlossenen **Entschuldungsstrategie „100 Mio. Euro Plus X“** ist es uns gelungen allein im letzten Jahr 123 Mio. Euro abzubauen.

Geplante Entwicklung des Jahresergebnisses / Eigenkapitals - in Mio. Euro -



Geplanter Abbau der Liquiditätskredite - in Mio. Euro -



An diesen Zahlen zeigt sich, dass es für den Erfolg von Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau ganz entscheidend darauf ankommt, ob es eine gemeinsame und gelebte Überzeugung aller Beteiligten in Verwaltung und Politik gibt. Die guten Zahlen sind daher ein Erfolg all derer, die diese Konsolidierungspolitik hier in Essen getragen haben. Ohne sie wäre dieser Weg nicht möglich gewesen.

Umso wichtiger ist es, bei aller Freude über das bisher erreichte, am eingeschlagenen, gemeinsamen Kurs der Entschuldung auch weiter festzuhalten. Wie bei einem Marathon braucht es einen langen Atem und viel Durchhaltewillen. Die Durststrecke kommt bisweilen ganz am Schluss.

Mit unserer Entschuldungsstrategie stellen wir eindrucksvoll unter Beweis, dass es die Stadt Essen mehr als verdient hat, an einer umfassenden Entschuldungsoffensive der übergeordneten staatlichen Ebenen teilzunehmen.

Jetzt müssen Bund und Land ebenfalls liefern und den Worten endlich Taten folgen lassen! Die Chance zu Handeln ist jetzt! Denn das Zeitfenster für eine Lösung des Altschuldenproblems schließt sich immer weiter, nicht nur konjunkturell, sondern auch mit Blick auf die Legislaturperiode des Bundes.

Ich vertraue hier auch auf das Schreiben des Ministerpräsidenten Armin Laschet vom 19. Dezember 2018 an das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“, in dem er ausführt, dass *„die Landesregierung eigene Maßnahmen ergreifen wird, mit denen die langfristige Sicherung der Zinsen von Liquiditätskrediten zu tragbaren Konditionen, die Tilgung eines größeren Teils der Verbindlichkeiten und die Vermeidung der Aufnahme neuer Schulden angestrebt werden.“*

Unabhängig davon, ob und wie der Bund das Land und die Kommunen direkt oder indirekt unterstützt, das Altschuldenproblem muss endlich gelöst werden und das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund und Ländern zu Lasten der Kommunen muss endlich beendet werden.

Denn ohne eine Altschuldenlösung kann der Kreislauf aus überproportionalen Soziallasten, unzureichender Finanzierung und hoher Verschuldung nicht durchbrochen werden. In Gegenteil: Er würde verfestigt!

3. Investitionen in die Zukunft unserer Stadt Essen

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz der prognostizierten Einnahmeausfälle und steigender Ausgaben ist es uns gelungen, maßgebliche Investitionen in die Zukunft unserer Stadt zu ermöglichen.

Wir setzen unsere Strategie weiter fort, dem erheblichen Nachholbedarf bei der Substanz- und Werterhaltung des städtischen Vermögens entsprechend Rechnung zu tragen. Daher geht es gerade jetzt darum, die richtigen **Investitionsschwerpunkte** für unsere Stadt zu setzen.

Sie liegen in den kommenden Jahren insbesondere in den Bereichen **Schule und Schulumhüllungen** mit 507,4 Mio. Euro, **Kitas** mit 96,7 Mio. Euro, **Straßeninfrastruktur** mit 299,4 Mio. Euro und **Sport** mit 53,6 Mio. Euro.

Darüber hinaus investieren wir in den nächsten Jahren 111,7 Mio. Euro in den **ÖPNV**, in unsere **Verwaltungsgebäude** rund 109,4 Mio. Euro, in die **Feuerwehr** 48,8 Mio. Euro und 47,5 Mio. Euro in den Betrieb **Grün und Gruga**.

Im gesamten Finanzplanungszeitraum, also von 2020 bis zum Jahr 2024 planen wir mit Bauinvestitionen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro!

Investitionen in die städtische Infrastruktur

Förderprogramme	2015	2016	2017	2018	2019 (fortg.)	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
Gute Schule 2020	0,0	0,0	0,3	1,4	55,0	20,3	0,0	0,0	0,0	0,0	20,3
KinVFöG I und II	0,0	0,1	8,0	14,6	66,5	29,0	17,1	0,0	0,0	0,0	46,1
Gesamt	0,0	0,1	8,3	16,0	121,5	49,3	17,1	0,0	0,0	0,0	66,4

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
Schulen inkl. Turnhallen	6,7	5,7	10,1	24,4	85,2	93,4	87,5	124,4	132,5	69,6	507,4
Straßeninfrastruktur (Tiefbau ohne ÖPNV)	15,4	13,9	22,8	25,0	55,6	52,7	63,1	81,2	62,4	40,0	299,4
ÖPNV inkl. Ausleihungen Ruhrbahn	2,8	1,3	4,2	4,2	7,8	34,6	46,6	9,0	8,7	12,8	111,7
Kita (Kinder- und Jugendeinrichtungen)	5,4	4,5	7,9	14,2	14,6	20,5	19,2	19,0	19,0	19,0	96,7
Verwaltungsgebäude	0,0	0,2	0,4	1,5	12,0	16,5	19,6	24,0	23,5	25,8	109,4
Feuerwehr	4,4	9,0	5,2	8,0	7,4	13,6	10,9	10,1	5,8	8,4	48,8
GGE	4,4	5,1	4,8	6,4	12,3	13,3	11,1	9,1	7,0	7,0	47,5
Sport	12,7	8,9	8,9	4,4	8,5	12,1	10,0	14,5	8,5	8,5	53,6

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist kein Sparhaushalt, sondern erneut ein Gestaltungshaushalt, der einer klaren Priorisierung folgt!

Wir **konsolidieren, modernisieren und investieren** und das trotz erheblichen Ausfällen bei der Einnahmeerwartung.

Abschließend gilt mein Dank der Kollegin und den Kollegen des Verwaltungsvorstandes und den Geschäftsführungen unserer städtischen Gesellschaften, die in unseren Haushaltsgesprächen trotz berechtigter Ressortinteressen nie das große Ganze aus dem Blick verloren haben.

Und ich bedanke mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meinem Geschäftsbereich, die dieses Mammutwerk mit großer Sorgfalt erstellt und abgestimmt haben. Allen voran Frau Behnke-Hahne als Leiterin der Stadtkämmerei.

Ihnen allen miteinander:

Gute Beratungen und Glück auf!